

# Einkreisung durch den Westen? Russische Wahrnehmung westlicher Sicherheitspolitik

*Vladislav Belov*

Die letzten 25 Jahre haben die Welt grundsätzlich verändert, auch in Europa. Seit 1990 ist eine Epoche vergangen. Es gibt mittlerweile weder den ‚Rat für Gegenseitige Hilfe‘ (RGW) und den Warschauer Pakt noch die Sowjetunion, Deutschland ist wiedervereinigt, die EWG wurde zur Europäischen Union mit nunmehr 28 Mitgliedern, darunter auch mit ehemaligen sozialistischen mittel- und osteuropäischen Staaten und drei ehemaligen sowjetischen baltischen Republiken. Der Kalte Krieg war Anfang 90-er Jahren plötzlich vorbei. Es gab einen Sieger – die USA, aber es gab keinen Verlierer. Die Welt wurde nicht mehr bipolar, sondern multipolar, in der Soft Power eine immer größere Rolle spielt.

Die Russische Föderation wurde 1991 zum Hauptnachfolger der UdSSR. Ihre jetzige Wahrnehmung der Sicherheitspolitik des Westens (unter dem Russland hauptsächlich die NATO, die EU und die USA versteht) ist in vielen Hinsichten durch Prozesse in 90-er Jahren bestimmt. In erster Linie betrifft das die ca. *10-jährige Jelzin Periode*. Von Anfang an sah der Westen in Russland keinen gleichberechtigten Partner und hat vorgezogen es zu belehren, was und wie es zu tun hat; dies hat sowohl die russische Innen- wie auch Außenpolitik betroffen. Trotz des mündlichen Versprechens fand die weitgehende NATO Ost-Erweiterung statt; 1999 traten u. a. Polen, Ungarn und Tschechien der NATO bei, ihre Infrastruktur (u. a. Versorgung und Logistik) kam bis unmittelbar an die russischen Grenzen. Im Jugoslawien-Konflikt wurden von der NATO und ihren Mitgliedern aus Russlands Sicht viele völkerrechtliche Normen verletzt. Im Kosovo-Fall (1999) wurde ein Konflikt zwischen zwei grundsätzlichen Prinzipien offensichtlich: dem Recht eines Volkes auf Selbstbestimmung und der Unverletzlichkeit der Grenzen. Der Kosovo-Fall kam später in der Ukrainekrise wieder zum Vorschein, russische Politiker greifen in ihrer Argumentation gerne darauf zurück.

Zu positiven Faktoren der 90er Jahre sollten folgende Ereignisse gerechnet werden: die Aufnahme Russlands in das NATO Programm

„Partnerschaft für den Frieden“ 1994<sup>1</sup>, das Budapester Memorandum von 1994, das vom russischen Parlament bisher nicht ratifiziert wurde, die Unterzeichnung der Grundakte über Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Russischen Föderation 1997<sup>2</sup> sowie die Vereinbarung des künftigen NATO-Russland-Rates, das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Russischen Föderation und der EU über die Partnerschaft und Kooperation 1997 und auch der Anfang der Verhandlungen über Russlands Beitritt zur WTO.

In zweiter Linie betrifft das die *nachfolgende Putin Periode*, die in zwei Etappen aufgeteilt werden kann: *bis 2007 und danach*. Der Nachfolger von Jelzin versuchte nach seinem Amtseintritt partnerschaftliche Beziehungen mit dem Westen herzustellen: Putins Rede im Bundestag (September 2001), die Gründung des NATO-Russland Rats (2002),<sup>3</sup> die Troika (Russland, Deutschland, Frankreich) gegen den Krieg im Irak (2003) und freundschaftliche Beziehungen des russischen Präsidenten zu einigen EU-Leadern, in erster Linie zu G. Schröder. Doch das änderte die grundsätzliche Position des Westens nicht: die Russische Föderation wurde nicht als gleichberechtigter Partner gesehen; dazu kam die nächste EU- und NATO Ost-Erweiterung, in deren Rahmen die Besorgnisse und Vorbehalte Russlands nicht wahrgenommen wurden.<sup>4</sup>

Die Wende in der russischen Position kam 2007. In seiner bekannten Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz (Februar 2007) sprach W. Putin in erster Linie über die Wahrnehmung Russlands hinsichtlich der sicherheitspolitischen Aspekte und seiner dementsprechenden Besorgnisse.<sup>5</sup> Er

---

1 [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_50349.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm)

2 [http://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_25468.htm?selectedLocale=de](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de) (31.07.2016)

3 Die Staats- und Regierungschefs erklärten im November 2002 in Prag die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen zu gemeinsamen Interessenbereichen von NATO und Russland: Friedenserhaltung, Verteidigungsreform, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, Rüstungskontrolle, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Such- und Rettungsdienst, zivile Notfallplanung, taktische Raketenabwehr und Terrorismusbekämpfung ([http://www.nato.diplo.de/contentblob/1943058/Daten/190693/2002\\_11\\_Prag\\_DownlDat.pdf](http://www.nato.diplo.de/contentblob/1943058/Daten/190693/2002_11_Prag_DownlDat.pdf) (31.07.2016))

4 S. auch: Belov V. „Russland und Westen – Partner oder Konkurrenten?“ *Politische Studien* 452. Januar-Februar (2014), 46–51; Belov W. „Russlands objektives Streben nach umfassender Sicherheit“ *ADLAS. Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik*. 1 (2014), 49–50

5 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html> (31.07.2016)

kritisierte die Entstehung einer unipolaren Welt und die einseitige Gewaltanwendung seitens des Westens. Dabei hat er den USA vorgeworfen, ihr Rechtssystem anderen Staaten aufzwingen zu wollen. Putin prangerte den Ausbau der NATO-Militärinfrastruktur in Richtung Osten an, kritisierte Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Europa und warnte davor, dass Moskau sie „asymmetrisch beantworten“ werde.

Der Westen hat diese Botschaften nicht gehört oder nicht hören wollen; wenigstens ging es um eine falsche Wahrnehmung der russischen Besorgnisse. Als Ergebnis hat Russland sich von westlichen Staaten gedemütigt und geopolitisch kleingehalten gefühlt; aus seiner Sicht wurde es von ihnen an den Rand Europas gedrängt, ohne dass sein Sicherheitsbedürfnis und seine führende Position im post-sowjetischen Raum akzeptiert wurde. Der Westen hat Moskau dazu gezwungen seine eigenen Wege im europäischen Sicherheitssystem zu suchen; dazu sollten die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) und die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) gehören.

Der damalige russische Präsident D. Medwedew unterbreitete am 4. Juni 2008 in Berlin eine neue Initiative zur Konzipierung eines neuen europäischen Sicherheitsvertrags. Zu seinen Prioritäten sollten die Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, die Unzulässigkeit von Gewaltanwendung, Garantien für die Gewährleistung der gleichen Sicherheit, die Herstellung von Basisparametern für die Rüstungskontrolle und vernünftige Hinlänglichkeit im militärischen Bereich gehören. Einen besonderen Wert legte er auf die These, laut der kein Staat und keine internationale Organisation Exklusivrechte auf die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in Europa haben dürfen. Diese Vorschläge wurden von westlichen Partnern ohne weitere grundlegende Diskussionen abgelehnt.<sup>6</sup>

Der sich anschließende Georgienkonflikt im August 2008 und die Reaktion von EU-Ländern und den USA (u. a. der Beschluss der NATO-Außenminister, die Arbeit des NATO-Russland-Rates bis auf weiteres aussetzen) festigten W. Putin in seiner Meinung, dass Russland vom Westen immer mehr eingekreist wird. Als damaliger Regierungschef versuchte er trotzdem die EU in seinem bekannten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ Ende November 2010 noch ein Mal anzusprechen: „Die Krise

---

6 S. auch: Livia Schroedel. „Europäische Sicherheit: Reaktionen im Westen auf Russlands Initiative. Beiträge aus Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen“. *SWP Schriftenschau*, 4. Juli (2010). 4.

machte es vielfach notwendig, Neubewertungen vorzunehmen, Risiken zu erwägen und die weitere Entwicklung durchzudenken, deren Grundlage nicht von virtuellen, sondern von realen Werten gebildet werden soll. ... Europa braucht eigene Zukunftsvisionen. Und so schlagen wir vor, diese Zukunft durch die Partnerschaft zwischen Russland und der EU gemeinsam zu gestalten. Damit könnten wir unser Anrecht auf Erfolg und beste Wettbewerbsfähigkeit in der modernen Welt gemeinsam geltend machen... Die Annäherung zwischen Russland und der EU kann unmöglich gegen jemanden gerichtet sein und verlangt keinerlei Abschwächung der Beziehungen zu traditionellen Partnern und Verbündeten. Die erneuerten Prinzipien unseres Zusammenwirkens könnten wir im Grundlagenabkommen zwischen Russland und der EU verankern, an welchem jetzt gearbeitet wird. Dieses Vertragswerk ist mit einem strategischen Ansatz anzugehen. Wir sollten versuchen, 20 bis 30 Jahre, ja 50 Jahre vorzudenken.“<sup>7</sup> Der konstruktive Aufruf blieb seitens des Westens ohne Reaktion.<sup>8</sup>

Seit der Rückkehr W. Putins auf den Präsidentenposten<sup>9</sup> im Jahr 2012 nimmt Moskau einen klaren Kurs des aktiven Widerstands gegen die aus seiner Sicht internationale Hegemonie der USA und der NATO. Teilweise kam das im neuen außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation zum Ausdruck, das vom russischen Präsidenten am 12. Februar 2013 unterschrieben wurde. Der Westen – EU und USA – wurde dort in seiner Bedeutung heruntergestuft. In russischen Massenmedien startete eine propagandistische Kampagne gegen sämtliche Drohungen des Westens: Versuche, die Kontrolle über Russlands natürliche Ressourcen zu bekommen, den Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO zu organisieren, Raketenabwehrsysteme in Europa zu stationieren etc. Ein „Staatliches Rüstungsprogramm – 2020“ wurde verabschiedet, groß angelegte militärische Übungen und Tests durchgeführt und Anti-West Allianzen (insbesondere

---

7 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908> (31.07.2016)

8 S. auch: Vladislav Belov „Russia and the European Union. From Co-operation to Genuine Partnership. Prospects for Overcoming Stagnation in Bilateral Relations“, in *From Cooperation to Partnership: Moving Beyond the Russia-EU Deadlock. Europe in Dialogue* (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2013). 50–62

9 Es ist wichtig zu verstehen, dass laut der Verfassung (Art. 86) die russische Außenpolitik in erster Linie vom Präsidenten Russlands bestimmt wird, dem das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Verteidigungsministerium und der Sicherheitsrat direkt unterstellt sind.

im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der Gruppe der BRICS) geprägt.

Die antiwestliche Haltung des Kremls ist auch wegen der massiven Straßenproteste Ende 2011 – Anfang 2012 radikaler geworden. W. Putin betrachtete diese Aktionen als Versuch Washingtons, das politische System in Russland zu ändern. Deshalb setzte er in seiner Innenpolitik immer mehr auf „traditionelle russische Werte“ und in der Außenpolitik auf die weitgehende Zusammenarbeit mit dem Osten, wobei das westliche politische Modell als latente Bedrohung für das russische System gesehen wurde.

Von diesem Hintergrund wurde die politische Wende der Ukraine Richtung Westen und die zweite „farbige Revolution“ in Kiew im Februar 2014 vom Kreml (und W. Putin persönlich) als geopolitische Herausforderung gesehen. Unter anderem provozierten sie eine harte Reaktion von Moskau auf der Krim und im Donbas. Sehr negativ wurde im Kreml die Reaktion von Außenministern der Länder des „Weimarer Dreiecks“ wahrgenommen, die eine Vereinbarung mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch unterschrieben hatten und dann keine klare Stellungnahme zu den Ereignissen in Kiew am 21./22. Februar 2014 einnahmen. Die autonome Republik Krim wurde nach dem Referendum am 16. März 2014 sehr schnell in die staatsrechtliche Zuständigkeit Russlands überführt. Der westliche Begriff „Annexion“ wird von der russischen Führung und Politikern strikt abgelehnt; sie bestehen darauf, dass alle völkerrechtlichen Normen bei diesem Übergang berücksichtigt wurden. Der Westen ist ganz anderer Meinung – aus seiner Sicht war dieser Schritt eine grobe Verletzung des Völkerrechtes und sollte deshalb mit weitgehenden persönlichen, finanziellen und unternehmensbezogenen Sanktionen bestraft werden. Russland antwortete mit Gegensanktionen und der Unterstützung der nichtanerkannten Republiken in der Ostukraine.

Als Folge ist das gegenseitige Vertrauen gravierend beschädigt worden. Dafür machen sich Russland und der Westen gegenseitig verantwortlich. Der Kreml fühlt sich eingekreist in einer belagerten Festung und unternimmt alles, um dem aggressiven Verhalten von NATO, EU und USA zu widerstehen. Er will sich nicht einer von EU und NATO dominierten europäischen Ordnung unterordnen, ohne die Möglichkeit zu haben, sie selbst zu beeinflussen und als Vetomacht Regeln setzen zu können.

Die gegenwärtigen Differenzen zwischen dem Westen und Russland sind sehr groß. Das betrifft die Grundlagen der Sicherheitsordnung in Europa: das Prinzip der staatlichen Souveränität sowie der territorialen Integrität, das Gewaltverbot, die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten, die

Unverletzbarkeit von Grenzen und das nationale Selbstbestimmungsrecht. Die Konfliktparteien haben ihre eigenen Interpretationen dieser Prinzipien, die auf die Schlussakte von Helsinki zurückgehen und diese Interpretationen schließen sich gegenseitig aus. Jana Puglierin vom Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen kommentiert: „Sie werden in ebenso unterschiedliche historische Narrative über die Entstehung des aktuellen Konflikts eingebettet, welche das Prisma bilden, durch das beide Parteien auf das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen schauen“.<sup>10</sup> Andrey Kortunov, Russischer Beirat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, meint: „Kreml Initiativen, die OSZE aufzuwerten und sie als euro-atlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft zur dominierenden Institution innerhalb einer europäischen Sicherheitsarchitektur zu machen, um einen gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraum ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus zu schaffen, habe der Westen konsequent vernachlässigt.“<sup>11</sup>

In Syrien hat Russland seinen Anspruch auf die Rückkehr auf die globale Arena gezeigt. Damit wollte es wieder ein wichtiger Teilnehmer in internationalen Prozessen werden und einen Einfluss auf das künftige Gleichgewicht in der Welt ausüben. Die ab September 2015 geführte Kampagne sollte nicht nur das Regime von Bashar al-Assad stärken, sondern ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Einstellung der Kampfhandlungen und die Wiederaufnahme des politischen Prozesses erzielen. In jedem Fall ist Russland wieder zu einer Schlüsselfigur im Nahen Osten geworden. Dabei hat der Kreml mit partieller Reduktion des Umfangs der Militäroperationen in Syrien im März 2016 gezeigt, dass Russland flexibel sein kann, seine Kosten unter Kontrolle zu halten und die Einführung seiner Landstreitkräfte nicht zulassen.

Die NATO ist aus russischer Sicht in den letzten zwei Jahren zu einer harten und demonstrativen Abschreckung zurückgekehrt, indem sie deutlich mehr Soldaten, Panzer und Kampffjets in Polen und im Baltikum stationiert. Das sollte dem in der NATO-Russland-Grundakte (1997) von der

---

10 Jana Puglierin. Russland, der Westen und die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung, 08. Jun. 2016 (<http://www.boell.de/de/2016/06/08/ein-neues-helsinki-fuer-europa-russland-der-westen-und-die-grundlagen-der-europaeischen> (31.07.2016))

11 Andrey Kortunov. How Not to Talk with Russia, .CFR Commentary, 1. April 2016. [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_how\\_not\\_to\\_talk\\_with\\_russia\\_6053](http://www.ecfr.eu/article/commentary_how_not_to_talk_with_russia_6053). Zitiert nach: Jana Puglierin. Op. cit.

Allianz gegebenen Versprechen widersprechen, keine *zusätzlichen, substantiellen und permanenten* Kampftruppen in Osteuropa zu stationieren. Russland weist darauf hin, dass die jüngsten Aktionen gerade als „zusätzliche, substantielle und permanente“ Stationierung betrachtet werden dürfen. Beim NATO-Gipfel in Warschau (8. Juli 2016) war eine beispiellose Verstärkung der Ostflanke der Allianz beschlossen worden: das Bündnis wird 2017 vier multinationale Bataillone in den baltischen Ländern und in Polen stationieren. Es geht auch um das Versetzen der Raketenabwehrsysteme der NATO in die erste Einsatzbereitschaft. Der russische Botschafter bei der NATO, Alexander Gruschko, erklärte nach dem Gipfel, dass diese Beschlüsse die Länder Osteuropas zu einem Brückenkopf für den weiteren militärischen Ausbau verwandeln. Russlands Außenminister Sergej Lawrow fügte hinzu, dass Moskau der ihm aufgezwungenen Konfrontation mit den USA, der NATO und der EU fernbleiben sowie seine Sicherheit unter beliebigen Bedingungen gewährleisten werde.<sup>12</sup>

Der anschließende NATO-Russland Rat vom 13. Juli 2016 auf Botschafterebene bestätigte, dass die Parteien in allen Punkten gegensätzliche Positionen haben. Alexander Gruschko betonte nach dem Treffen, dass die Erweiterung der Militärpräsenz der Nato in Osteuropa, die Stärkung der Allianz in der Ostsee und im Schwarzen Meer sowie die Militärübungen an den russischen Grenzen von Moskau als „unbegründete, überflüssige und kontraproduktive“ Maßnahmen bezeichnet werden, weil „Russland keine Gefahr für die Nachbarn darstellt... In Osteuropa wird der Kriegszustand verhängt, was es seit dem Kalten Krieg nicht mehr gegeben hat“.<sup>13</sup>

Dabei wird Russland vom Westen als eine imperiale Macht betrachtet, die bereit wäre, die russischsprachigen Minderheiten weiter unter Schutz zu nehmen und die Grenzen in Europa gewaltsam zu ändern. Die beiden Seiten stehen hier vor einer Gefahr einer neuer Rüstungsspirale und de facto eines neuen Kalten Krieges.

Alexey Arbatov vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO) Moskau weist darauf hin, dass Moskau immer mehr gezwungen ist auf verschiedene komplexe Ereignisse in der Welt zu reagieren, was wiederum die Mechanismen beeinflusst, die die außenpolitischen Beschlüsse ausarbeiten sollten. Gegenwärtig geht es um

---

12 <http://de.sputniknews.com/politik/20160718/311564805/polen-nato-10000-soldaten-stationierung.html> (31.07.2016)

13 <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20160714/311417161/russland-nato-rat-zeitung.html> (31.07.2016)

Einzelfallentscheidungen in konkreten Fällen, die aufgrund taktischer Erwägungen aufgebaut sind. Die Reaktion der Gegenparteien ist hier unwichtig. An diesem Prozess ist ein sehr enger und geschlossener Kreis von Personen beteiligt – Putins Spitzenbeamten und seine treuen Berater. Ihre intellektuellen Fähigkeiten und Lebenserfahrung sind die Grundlage der aktuellen praktischen Politik. Der Mechanismus und die Motive der Entscheidungsfindung gehören zu einem streng gehüteten Geheimnis und sind völlig undurchsichtig. Spekulationen darüber sind eine Lieblingsbeschäftigung von politischen Beobachtern und Journalisten.<sup>14</sup>

Eine besondere Bedeutung in der russischen Wahrnehmung westlicher Sicherheitspolitik nimmt Deutschland ein; es hat in den letzten 25 Jahren die westliche und europäische Politik gegenüber Russland in verschiedenen Bereichen und Ebenen maßgeblich geprägt. Nicht zufällig wurde es zur Führungsnation in der Lösung des Konfliktes um die Ukraine, u. a. wurde auf die Initiative der Bundeskanzlerin im Februar 2015 das Normandie-Format ins Leben gerufen. Die russische Führung hat immer einen hohen Wert auf Verständnis ihrer Handlungen und Aktionen seitens deutscher Partner gelegt, darunter auch aus der Sicht ihrer Akzeptanz der historischen Rolle der ehemaligen UdSSR im Prozess der Vereinigung beider deutschen Staaten. Nicht umsonst hat W. Putin in seiner Ansprache während der Aufnahme der Krim in die Russische Föderation gewidmeten Föderalen Versammlung am 18. März 2014 im Kreml das deutsche Volk mit der Botschaft angesprochen: „Es geht um die Wiedervereinigung der Bürger Russlands. Ihr – Deutsche – solltet uns verstehen“. Der russische Präsident war sehr enttäuscht über die sehr negativen Reaktionen auf seine Rede und dieser Botschaft durch alle deutschen Politiker, besonders von Frau A. Merkel. Es war und bleibt für ihn und seine Umgebung unverständlich und unfassbar, dass Deutschland tatsächlich die Form des Überganges der Krim in die staatsrechtliche Zuständigkeit Russlands als eine grobe Verletzung des Völkerrechtes und Annexion wahrnimmt.

Das kam auch bei der Vorbereitung und Publikation des Weißbuches des Bundesverteidigungsministeriums zum Vorschein. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, reagierte mit „Bedauern und Beunruhigung“ auf die vom politischen Redakteur „Der Welt“ am 4. Juni 2016 veröffentlichten Information, laut der Russland auf dem dritten Platz unter den aktuellen und künftigen Herausforderungen für die deutsche Sicherheits- und

---

14 <http://carnegie.ru/publications/?fa=63980#5> (31.07.2016)

Verteidigungspolitik stehen sollte und nicht mehr als Partner sondern als Rivale (in russischer Sprache – auch als Gegner zu verstehen) gesehen wird: „Eine solche Position kann natürlich durchaus zu Konfrontationshandlungen führen, was dem gegenseitigen Vertrauen und der Kooperation keineswegs dienlich sein wird“<sup>15</sup>. Die Befürchtungen Russlands bekräftigte Bundeskanzlerin A. Merkel in ihrer Regierungserklärung im Bundestag in Berlin am Vorabend des NATO-Gipfeltreffens in Warschau: sie begrüßte die geplante Truppenstationierung der NATO in den östlichen Mitgliedstaaten und betonte, dass es nicht ausreiche, Soldaten in Krisensituationen schnell verlegen zu können und deshalb das Bündnis stärkere Präsenz in baltischen Staaten und in Polen zeigen müsse. Zugleich wies sie Russlands Kritik zurück, die Truppenverstärkungen seien „konfrontativ“ und „anti-russisch“ und machte Kreml für einen Vertrauensverlust verantwortlich.<sup>16</sup>

In der Endfassung des Weißbuches (bestimmt nicht zufällig am 13. Juli 2016, dem Tag der Sitzung des NATO-Russland Rates, verabschiedet) steht die Russische Föderation nicht mehr unter den Hauptrisiken. Es wird aber erwähnt, dass wegen der Krim und des Ukraine-Konflikts Russland zum Problemfaktor der europäischen Sicherheitsordnung geworden sei. Abgesehen davon werden die NATO und Russland in langfristiger Perspektive als Partner gesehen.<sup>17</sup> Auch A. Merkel betonte in der erwähnten Regierungserklärung, dass „dauerhafte Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne Russland“ ginge.<sup>18</sup>

Maria Sacharowa, Pressesprecherin des russischen Außenministeriums hat aber am 21. Juli 2016 eine klare offizielle negative Position zum Weißbuch genommen: „Ich möchte ein paar Worte über die in Deutschland veröffentlichte Neuauflage des ‚Weißbuches‘ der Bundeswehr sagen. Mit Enttäuschung haben wir uns mit dieser neuen Version bekannt gemacht. Es ist wohl bekannt, dass es das sicherheitspolitische Grundlagendokument der Bundesrepublik ist, das durch die Bundesregierung verabschiedet wird. Gerade von diesem wird sich Berlin jahrelang leiten lassen. Darin werden eine ganze Reihe von Klischees dargestellt, die man ja als

---

15 [http://de.rbth.com/politik/2016/06/08/weissbuch-2016-ist-russland-der-neue-erzfeind\\_601261](http://de.rbth.com/politik/2016/06/08/weissbuch-2016-ist-russland-der-neue-erzfeind_601261) (31.07.2016)

16 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156868637/Merkel-gibt-Russland-Schuld-an-Nato-Aufruestung.html> (31.07.2016)

17 <https://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/weissbuch> (31.07.2016)

18 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156868637/Merkel-gibt-Russland-Schuld-an-Nato-Aufruestung.html>

ungerechte Beschuldigungen gegenüber Russland bezeichnen kann... Im Dokument ist eine kategorische Schlussfolgerung verankert, dass Russland eine enge Partnerschaft mit dem Westen ablehnt und eine strategische Rivalität bevorzugt... Ein weiterer antirussischer Angriff Berlins ist äußerst bedauerlich und wird von uns bei den russisch-deutschen Beziehungen berücksichtigt“.<sup>19</sup> Eine Ausnahme war für Moskau die bekannte Aussage vom Außenminister Frank-Walter Steinmeier Ende Juni 2016 bezüglich des jüngsten Verhaltens der NATO: „Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen. Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt.“ Aus seiner Sicht sind russlandfeindliche Aspekte der deutschen Außenpolitik zur Zeit bestimmend.

Bis 2014 wurde die russische Außenpolitik hauptsächlich von (Außen-) Ereignissen in der Welt bestimmt. Ab 2014 spielen die Innenfaktoren eine immer größere Rolle: der geopolitische Druck seitens des Westens vor dem Hintergrund der inneren wirtschaftlichen Krise, sinkenden Erdölpreise, Sanktionen und die Gefahr einer „bunten Revolution“ motivierten W. Putin, die politische Kontrolle im Lande zu stärken. Dabei stützt er sich auf die national-patriotische Stimmung der Mehrheit der russischen Bürger und seine persönliche Popularität. Das erlaubt ihm auch (abgesehen von der schwierigen Haushaltssituation) die Rüstungsausgaben zu erhöhen, die Opposition in Donbass zu unterstützen und die Syrien-Kampagne weiter zu führen.

Es ist dringend erforderlich, Schritt für Schritt einen weitgehenden Dialog aufzubauen. Das Normandie-Format reicht hier nicht aus. Eine erfolgreiche Teilnahme Russlands an der Lösung des Syrien-Konfliktes, die Zusammenarbeit bezüglich Afghanistan und über das iranische Atomprogramm im Rahmen des E3+3 Formats sowie globale Herausforderungen (internationaler Terrorismus, Klimaänderung u.s.w.) sind gute, allerdings sehr schwierige Voraussetzungen zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der Suche nach einem gemeinsamen Nenner in der internationalen Politik. Eines ist sicher, W. Putin ist an einer gleichberechtigten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Westen weiter interessiert. Das war und bleibt eine Voraussetzung für die erfolgreiche innere, besonders wirtschaftliche Entwicklung Russlands. Deutschland sollte hier wie früher eine führende Rolle spielen.

---

19 <https://russische-botschaft.ru/de/> (31.07.2016)